

Kinder brauchen Schule Schule braucht Lehrkräfte

Sachsens Schulen droht gravierender LehrerInnenmangel

Kundgebung am Sächsischen Landtag

28.04.2010 um 13:30 Uhr

Schließung von Ausbildungsstandorten für Lehrkräfte verstärkt anstehenden Mangel!

Ab 2012 gehen in Sachsen verstärkt LehrerInnen in den Ruhestand. Um diese zu ersetzen werden damit bis 2020 jährlich 1000 bis 1500 Neueinstellungen benötigt. Aufgrund der wieder leicht ansteigenden SchülerInnenzahlen wird dieser Bedarf zunächst vor allem in den Grundschulen zu spüren sein. Ab 2014 fehlen die Lehrkräfte dann primär an den Mittelschulen. Diese Fakten liegen der Regierung bereits seit Jahren vor und wurden der Öffentlichkeit bisher vorenthalten. Im Widerspruch zum Einbruch der Personalabsicherung im Grund- und Mittelschulbereich wurde die Ausbildung der Lehrkräfte für diese Schularten in Dresden eingestellt. Dies geht auf eine alte Vereinbarung zwischen sächsischer Regierung und den Hochschulen zurück. Während der letzten Legislatur wurde im Einvernehmen mit den betroffenen Universitäten Dresden und Leipzig der Weg geebnet, ab 2010 wieder an beiden Standorten Grund- und MittelschulpädagogInnen auszubilden. Die neue Regierung hält jedoch an der Vereinbarung, welche dieses Jahr ausläuft, fest. Der anstehende Bedarf in beiden Schularten soll allein von Leipzig aus gedeckt werden. Das Rektorat der Universität Leipzig äußerte jedoch, dass eine Absicherung dieses Bedarfs nicht einmal von beiden Standorten zusammen erreicht werden könne.

Die Regierung des Freistaates Sachsen wird somit aufgefordert, die Technische Universität Dresden zu beauftragen, die Studiengänge für Grund- und Mittelschullehramt einzurichten und hierfür entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen!

PädagogInnenmangel an Schulen hat drastische Folgen für die Schulbildung

Der drohende Einbruch in der personellen Absicherung der Schulen in Sachsen wird für die Bildung der Kinder und Jugendlichen immense Qualitätsverluste nach sich ziehen:

- stark erhöhter Unterrichtsausfall
- größere Klassenstärken
- Unterricht durch nicht pädagogisch ausgebildete Fachleute
- erhöhte Belastung der LehrerInnen
- Einschränkung des Schulangebots (Wegfall von Projekten, AGs usw.)

Dabei kann Sachsen nicht darauf hoffen, dass Lehrkräfte von außerhalb abgeworben werden können, da die Bedingungen im Freistaat gegenüber anderen Bundesländern weitaus schlechter sind. Außerdem haben alle KultusministerInnen beschlossen, dass der Bedarf an Lehrkräften jeweils im eigenen Bundesland ausgebildet wird."

Daher wird die Regierung des Freistaates Sachsen aufgefordert, sich offen und kritisch mit den strukturellen und personellen Problemen auseinander zu setzen und Prognosen sowie Lösungen für diese Probleme zu erarbeiten!

Fehlende Attraktivität des Berufs und der Ausbildung fördert Mangel an Schulen

Die sächsische Regierung hat es in den letzten Jahren nicht geschafft, bezüglich des bekannten, anstehenden LehrerInnenmangels Konzepte zu erstellen und eine klare Linie zu fahren. So werden im Jahr 2015/16 nach Prognose des Kultusministeriums 400 Neueinstellungen im Mittelschulbereich benötigt. Mit Einbezug der Abbrecherquote während der Ausbildung müssten im Herbst 2009 sachsenweit knapp 1000 Studierende ein Studium mit dem Ziel Mittelschullehramt aufgenommen haben. Das Zentrum für Lehrerbildung in Dresden schätzt diese Anzahl jedoch auf alarmierende 22. Auch im Grundschulbereich interessieren sich 260 StudienanfängerInnen zu wenig für diese Schulart.

Schuld sind schlechte Arbeitsbedingungen an sächsischen Schulen und der anhaltende schlechte Ruf des Berufsfeldes. Tarifverhandlungen, bei denen gedroht wird, dass nur bei Beibehaltung der Teilzeit neu eingestellt werden kann, spalten Alt und Jung. Sachsen hat einerseits beim Bildungsmonitor 2009 ein überwältigendes Ergebnis erzielt, jedoch sind die Belastungen für LehrerInnen gestiegen. Fächerverbindender Unterricht, Ganztagsangebote, Projektstage, Kompetenztests, Evaluationen und unehonorierte Betreuung von PraktikantInnen und Referendaren fordern mehr Kompetenz und Zeitaufwand. Der Bildungsmonitor zeigt, dass diese Leistungen von den LehrerInnen erbracht werden. Schlechte Zustände der Schulgebäude und keine Möglichkeit auf Vollzeitbeschäftigung zeigen aber, dass sie dies unter schlechteren Bedingungen tun. Andere Bundesländer locken mit weitaus attraktiveren Angeboten.

Außerdem hat die Bachelor-Master Reform in der Lehramtsausbildung weitere Hürden und selektive Strukturen eingebaut, statt die Studienabbrecherquote zu verringern und die Qualität zu erhöhen. Derzeit müssen beispielsweise Lehramtsstudierende für Grundschule Höhere Mathematikvorlesungen gemeinsam mit Fachstudierenden erfolgreich absolvieren, statt explizit auf konkrete Schwierigkeiten bei Kindern im Grundschulalter vorbereitet zu werden.

Auch das notwendige Referendariat mindert die Attraktivität einer Lehramtsausbildung. Zunächst wartet man in der Regel ein bis zwei Jahre auf einen Platz. Zwei Jahre wird man bei einem Arbeitspensum von 50-60 Stunden pro Woche nur äußerst gering honoriert. Auch hier locken andere Bundesländer mit attraktiveren Angeboten.

Der größte Bedarf herrscht in den Mittelschulen. Aber warum sollten sich Lehramtsstudierende derzeit für diese Schulart interessieren? Das fachliche Niveau im Studium ist dem gymnasialen Niveau gleich. Pädagogische Inhalte und die Ausbildungsdauer sind identisch. Am Ende verdienen jedoch GymnasiallehrerInnen unter besseren Bedingungen mehr.

Aus diesen Gründen wird die Regierung aufgefordert, eine umfassende Konzeption unter Beteiligung der Betroffenen, also Lehramtsstudierende, LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern, zu erarbeiten und die Bedingungen und Anreize des LehrerInnenberufs zu verbessern. Eine höhere Attraktivität des Berufsfeldes ist notwendig, um die Anzahl der Lehramtinteressierten auf ein erforderliches Maß zu erhöhen.

Weitere Information, RednerInnenliste und ausführlicher Aufruf: www.studentenvertretung.de.vu

